I. Beilage der „Berliner Börsen-Zeitung" Nr. 79.

Sonntag, den 16. Februar 1908.

die Finländer oder wenigstens ein großer Teil derselben sich nicht für russische Untertanen halten, Finland nicht als Landesteil des russischen Reiches, sondern als im Gegenseitigkeitsverhältnis stehende selbständige Macht, die mit Rußland eine Union verknüpft, betrachtet wissen wollen. Von dieser falschen Antithese ausgehend, entspricht es denn auch nur der Logik, den russischen Zaren eben als Großfürsten von Finland anzuerkennen, der nebstbei in seiner Person zugleich die Eigenschaft als Zar aller Reußen verbindet.

Die Unrichtigkeit dieser Auffassung liegt allerdings klar zutage. Denn Art. 2 der Staatsgrundgesetze sagt klar und unantastbar, daß das Russische Reich ganz unteilbar ist, daß Finland nur einen russischen Gebietsteil mit allerdings ziemlich weitgehender Autonomie darstellt. Doch diese betrifft nur die inneren Angelegenheiten des Landes. Auch im Friedenstraktat von Friedrichshamn von 1808 wird ausdrücklich bestimmt, daß Finland unter der obersten Regierung des Russischen Reiches steht. Der Selbständigkeitsdünkel der Finländer gründet sich indessen lediglich auf einigen ihnen vom Zar Alexander I. freiwillig gegebenen Rechten, Die Feststellungen des Friedenstraktates und der Staatsgrundgesetze können dadurch aber nicht unwirksam gemacht werden.

Eben durch diese Meinungsverschiedenheiten über die Stellung Rußlands zu Finland sind die zeitweiligen Reibungen zwischen dem finländischen Saim und der russischen Regierung hervorgerufen, wobei allerdings der jeweilige finländische Generalgouverneur dazu berufen ist, den selbständigen Tendenzen Finlands sachgemäß zu steuern. Die Geschichte zeigt, daß jedesmal, wenn die russische Regierung die Zügel krasser anzog, die Finländer immer starrköpfiger auf ihren vermeintlichen Rechten fußten. In seiner gestrigen Eröffnungsrede aber hat der Tallmann den finländischen Saim eine ungewöhnlich schroffe und herausfordernde Sprache geführt, die, wie wir annehmen, einen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden „Dämpfer" auf russischer Seite hervorrufen dürfte. Herr Swinhuvud sagte u. a.: „Nachdem der Saim im letzten Herbst auseinander gegangen, kam es zu Ereignissen, die unser Volk im höchsten Grade in Sorgen gestürzt haben. So wurde auf einen der höchsten Posten unseres Landes, zudem unter Abweichung von der durch unsere Gesetze bestimmten Ordnung, eine Person gesetzt, die lebhaft an der Durchführung des Regimes, das Seine Majestät der Kaiser und Großfürst großmütig durch das Manifest vom 4. November 1905 anzuschaffen geruhte, teilgenommen hat. „Diese Andeutung auf die vermeintliche Ungesetzmäßigkeit bei Ernennung des Generals Sahn zum Gehülfen des finländischen Generalgouverneurs ruft natürlich die Frage hervor, welches Gesetz denn eigentlich nach Ansicht des Tallmanns umgangen sein soll. Sogar der Führer der finländischen Separatisten, Herr Mechelin, mußte in seinem Organ „Nya Pressen" anerkennen, daß die Vorschriften über die Ernennung des Generalgouverneurs und dessen Gehülfen durch Gesetz festgelegt sind. Darnach hat der Zar allein über diese Ernennungen zu bestimmen, genau so, wie nach Staatsgrundgesetzen für das ganze Russische Reich. — Angesichts dieser unumstößlichen Tatsachen muß die anmaßende Forderung der Finländer durch ihren Sprecher im Saim das stärkste Befremden hervorrufen.

Die Beschuldigungen, die unausgesetzt in politischen Kreisen Rußlands und einem Teil der russischen Presse gegen die Finländer erhoben werden, sind gewiß in hohem Maße übertrieben und zeugen von einer stark vorurteilsvollen Beurteilung der Lage in Finland. Aber das finische Volk selbst hat viel Anlaß dazu gegeben, die Sympathien der Russen von sich abzuwenden. Sie werden innerhalb der finischen Grenzen wie Ausländer behandelt, ja in mancher Hinsicht sogar schlechter gestellt. Nach dem neuen Senatsprojekt soll es den Russen nicht gestattet werden, in Finland Land anzukaufen; eine Ausnahme soll nur gemacht werden, wenn eine Allerhöchste Genehmigung für den Kauf vorliegt. Auch andere Beschränkungen der Russen sind für die Zukunft vorgesehen. Diese Maßnahmen sind so wenig darnach angetan, die Beziehungen zwischen Rußland und Finland besser zu gestalten, wie Ton und Inhalt der gestrigen Eröffnungsrede des Saimpräsidenten. Nur Gereiztheit und Erbitterung werde auf diesem Wege hervorgerufen. Finland sollte niemals vergessen, was es dem russischen Reich schuldig ist, unter dessen Schirm und Schutz es seit hundert Jahren nach schwerster Unterdrückung unter der Schwedenherrschaft in gesteigertem Wohlstand und einer in Rußland selbst nie gekannten politischen Freiheit lebt und gedeiht.

— Ein Korrespondent des „Daily Telegraph" hat in Genua Gelegenheit gehabt, den Ex-Diktator Franco zu interviewen. Der Ex-Diktator sagte: „Hier bin ich in der Verbannung. Das Werk, dem ich mein ganzes Leben gewidmet hatte, meinen ganzen Willen, ist durch die blutige Torheit einiger Verbrecher vernichtet worden. Das Schicksal liebt diese brutalen Capricen. Die Schüsse, die den König und den Kronprinzen töteten, haben auch mich vernichtet. Ich starb mit ihnen und zwar in einem Augenblicke, wo ich mehr als je die Notwendigkeit zu leben fühlte. Aber wir wollen darüber schweigen. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß ich zum Schweigen verpflichtet bin. Die Zukunft wird zeigen, ob ich recht hatte oder nicht. Wenn das, was geschah, sich dem Lande nützlich erweist, war ich im Unrecht. Sie wissen, daß ich mich von dem politischen Leben zurückgezogen habe. Ich bin verurteilt, ob mit Recht oder Unrecht, weiß ich nicht. Die Majorität hat gegen mich entschieden. Wenn ich sprechen wollte, wenn ich mich verteidigen würde, so würden meine Worte nur die Schwierigkeiten, mit denen meine Nachfolger zu rechnen haben, erhöhen. Mein Land bedarf des Friedens. Ich sehe das ein und wünsche ihm den Frieden. Portugal ist eine kleine Macht, kann aber immer noch groß werden. Ich darf nicht zur Selbstverteidigung das Werk anderer stören. Was würde mir auch die Selbstverteidigung nützen? Für den Politiker sprechen nur die Resultate. Hat er Erfolg, so ist er ein Held. Hat er Mißerfolg, so ist er ein Abenteurer." Was würde es nützen, wenn ich Ihnen jetzt ein politisches Interview gewährte. Im Juli frönten von allen guten Zeitungen Europas Spezialkorrespondenten nach Lissabon. Sie sprachen sich einmütig für mein Vorgehen aus und erkannten die Notwendigkeit meiner Schritte an. Alle mir feindlichen Zeitungen brachten darauf wütende Angriffe. Sie behaupten, ich hätte die ausländische Presse bestochen. Wenn ich jetzt sprechen wollte, würden sie behaupten, daß ich mein Bestechungswerk fortsetzte. Deshalb schweige ich.

— Der Entschluß der japanischen Regierung, eine Vertretung in Chile zu errichten und die freundlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern, hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Man glaubt in Tokio gewiß zu sein, daß japanische Auswanderer in Südamerika, speziell in Chile, eine freundliche Aufnahme finden werden. Der japanischen Regierung wäre es natürlich erwünschter, wenn ihre Untertanen ihre Kräfte dem eigenen Lande erhalten oder sich in den neuen Gebieten auf dem benachbarten Kontinent ansiedeln wollten. Da nun aber eine Art unwiderstehlichen Dranges Tausende in die Ferne treibt, so wird man es selbstverständlich lieber sehen, daß diese sich nach Gegenden wenden, wo sie willkommen sind, als nach Gebieten, in denen ihr Auftreten minder erwünscht und geeignet erscheint, mit Regierungen Schwierigkeiten zu schaffen, zu welchen die japanische Regierung die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten möchte. Der Ausspruch des Vizeministers des Auswärtigen, Baron Chinda, daß die Regierung Auswanderer nicht hindern würde, dorthin zu gehen, wo sie willkommen sind, ergibt den Schluß, daß die Regierung eine Auswanderung dorthin, wo die Emigranten nicht willkommen sind, in keiner Weise unterstützen wird. Tatsächlich ist die Einwanderung von japanischen Arbeitern nach den Vereinigten Staaten von Amerika — und gegen diese Klasse der Emigranten konnte sich die Opposition doch nur richten — jetzt bereits fast völlig eingestellt. Bezüglich Britisch-Columbiens glaubte man in Tokio durch die Ergebnisse der mit Herrn Lemieux gepflogenen Auseinandersetzung über alle Schwierigkeiten hinweg zu sein. Daß man dort jetzt eventuell eine Untersuchung einführen will, um die verschiedenen Klassen von Einwanderern auseinanderzuhalten, kann in Tokio kaum angenehm berühren. Die neue Maßregel kann leicht zu erneuten Mißverständnissen führen. Gerade hierin dürfte übrigens ein weiterer Antrieb gefunden werden, der Emigration neue Bahnen nach dem Süden anzuweisen.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung vom 15. Februar.

(Fortsetzung aus dem gestrigen Abendblatt.)

Staatssekretär **Krätke** (Forts.) Die späte Versetzung der Beamten ist eine Folge der späten Erledigung des Etats. Ich nehme es schon auf meine eigene Kappe, die Beförderungen früher als eigentlich möglich bekannt zu geben. Der Fall des Landbriefträgers, der wegen seiner Stimmabgabe für einen Polen entlassen sein soll, liegt doch etwas anders. Es waren zwei polnische Stimmen bei der Stichwahl abgegeben worden und dafür kamen nur der Lehrer und der Landbriefträger Schalski in Betracht. Schalski hatte sich vom Postagenten einen Wahlzettel für den deutschen Kandidaten ausgebeten, und hinterher erzählt, er habe diesen auch gewählt. Damit kam der Lehrer in Verdacht, polnisch gewählt zu haben, und dies kam auch in einem Preßartikel zum Ausdruck. Der Lehrer strengte gegen den Redakteur Klage an und Schalski gab dann als Zeuge zu, daß er den Polen gewählt habe. Schalski ist 71 Jahre alt und hat deshalb aus Anlaß dieses Falles, nachdem ihm die Ehrlosigkeit dem Lehrer gegenüber vorgehalten war, um Versetzung in den Ruhestand, die auch gewährt wurde. So liegt also dieser Fall doch anders, als Herr Kulerski darstellte. (Hört! hört!)

Abg. Dr. **Struve** (frs. Vgg.): Erfreulich ist es, daß auch von der rechten Seite der Mißgriff in der Aufhebung des billigeren Ortsportos anerkannt wird. In Württemberg bestehen noch billigere Ortstaxen. Unsere Behörde folgte da gar zu schnell der Anregung des Reichstages. Redner bespricht sodann eine Reihe von Einzelfällen, in denen Zurücksetzungen von Unterbeamten vorgekommen sein sollen. So sei ein junges Mädchen nicht zum Postdienst zugelassen worden, weil ihr Vater in demselben Orte Unterbeamter sei. Schließlich bittet Redner um Aufhebung der Institution der Postvertrauensärzte. Im Interesse der Aerzte liege es, wenn auch bei der Post die freie Arztwahl eingeführt werde. Redner führt aus: Dem Dr. Schellenberg ist klar und deutlich von der Oberpostdirektion mitgeteilt worden, daß er wegen seiner Stimmabgabe für den Sozialdemokraten rektifiziert worden sei. Die Wiesbadener Postdirektion und die Frankfurter Oberpostdirektion hat die Denunziation des Postrats Ade, dem als Mitglied eines nationalen Stammtisches die Aeußerung Schellenbergs erzählt wurde, nicht berücksichtigt. Leider hat die Reichspostverwaltung nicht ebenso gehandelt, sondern ist der Denunziation des Postrats gefolgt. (Abg. **Singer:** Hat er 'nen Orden bekommen? Heiterkeit.) Schellenberg ist kein Sozialdemokrat, er hat den Sozialdemokraten, den Herrn Bartling nur gegenüber als das kleinere Uebel gewählt. Von Schellenberg, der 14 Jahre Vertrauensarzt war, ist kein Wort über seinen Fall veröffentlicht worden. Ein solches Vorgehen der Postbehörde spottet doch der liberalen Aera, in der wir angeblich jetzt leben. (Schallende Heiterkeit.) Es handelt sich nicht um die Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokratie, sondern darum, daß ein Mann gemaßregelt worden ist, weil er seine Pflicht tat und seine Stimme abgab. Einen ähnlichen Fall haben wir in Kiel gehabt, als der Telegraphensekretär Schwarz zur Stadtverordnetenwahl kandidierte.

Staatssekretär **Krätke:** Ich muß ganz entschieden dagegen protestieren, daß Herr Dr. Schellenberg gemaßregelt worden ist. (Lachen links, große Unruhe.) Ich sehe darin gar keine Maßregelung, sondern stehe auf dem Stadpunkt, daß, wenn man ein Amt übernimmt, man auch gewisse Rücksichten zu nehmen hat. In meinem Stenogramm kann der Vorredner finden, daß ich ausdrücklich gesagt habe, daß es mir leid tut, daß die Aeußerung des Herrn Dr. Schellenberg in die Oeffentlichkeit gekommen ist. Das Vorgehen der Postverwaltung ist nicht wegen seiner Wahl erfolgt, sondern weil in den Kreisen der Postbeamten das Gerücht verbreitet gewesen ist, daß Herr Dr. Schellenberg sozialdemokratisch gewählt habe. Ich kann nicht jedem Beamten und jedem Unterbeamten sagen, daß Herr Dr. Schellenberg zwar sozialdemokratisch gewählt hat, daß er aber kein Sozialdemokrat ist, und daß gar kein Makel an dem Mann ist. Jeder hat das Recht, vollständig frei zu stimmen, es ist geheime Wahl, kein Mensch hat sich darum gekümmert; wenn aber Dr. Schellenberg so unvorsichtig ist und darüber spricht, und wenn das in die Kreise der Postunterbeamten dringt (Zwischenrufe bei den Soz.), von denen ich nicht dulde, daß sie der Sozialdemokratie angehören (sehr wahr! rechts, Unruhe links), so können Irrungen unter den Unterbeamten entstehen und sie können sagen: warum ist es den Höhergestellten gestattet zu tun, was sie wollen, warum dürfen sie sozialdemokratisch wählen, während von uns das der Chef nicht duldet. (Fortgesetzte Unruhe und Zwischenrufe links.) Ich habe ausdrücklich mein Bedauern ausgesprochen, daß dem Dr. Schellenberg dieses Pech passiert ist. Es ist Unrecht, wenn Herr Dr. Struve jetzt die Sache umdreht und so schildert, als wenn wir Dr. Schellenberg für einen Sozialdemokraten gehalten hätten. (Zwischenruf links: das ist ja gleichgültig!) Ja Ihnen ist das gleichgültig, aber mir nicht. (Wiederholte heftige Zwischenrufe links und große Unruhe links.) Ich habe Zeit. (Glocke des Präsidenten.) Weiter muß ich nochmals betonen, daß von meiner Seite oder von Seite der Postververwaltung keine Zeile in irgend eine Zeitung gekommen ist. Herr Dr. Struve sagt, er müsse mir das glauben; ich möchte das auch energisch in Anspruch nehmen und Sie bitten, zu glauben, daß auch von der Postverwaltung nichts in die Zeitung gekommen ist. Ich bin aber nicht in der Lage, zu sagen, wer den Artikel in der Zeitung geschrieben hat.

Abg. **Eickhoff** (fs. Vpt.) warnt vor Rückschritten in der Telephongebührenreform. Bezüglich des Studiums zum höheren Postdienst sei nicht bekannt, welches Studium beabsichtigt sei, ob Jura, Technik oder die Naturwissenschaften. Daß die Postdirektoren sich an die Abgeordneten gewendet hätten, sei kein Mißtrauen, sondern vielmehr eine Rückenstärkung des Staatssekretärs gegenüber der Finanzverwaltung. Die Abgeordneten seien auf derartige Informationen angewiesen, sie hätten auch den Wunsch, wiedergewählt zu werden. (Gr. Heit.) Die großen Verbände verdienten das Vertrauen der Verwaltung, und was den hohen Beamten recht sei, sei den mittleren und unteren Beamten billig.